

«Integration konkret 2014-2017» - Wie die Stadtverwaltung Bern das Leitbild zur Integrationspolitik umsetzt

Factsheet

Worum geht es?

„Integration konkret 2014-2017“ ist ein Massnahmenplan der Stadt Bern. Er legt dar, wie die Stadtverwaltung in den nächsten vier Jahren die Ziele des Leitbildes zur Integrationspolitik umsetzen will.

Die Stadt Bern versteht Integration als Aufgabe der gesamten Verwaltung, denn Integration geschieht in den sogenannten Regelstrukturen: in der Schule, am Arbeitsplatz, beim Sport. Der vorliegende Plan umfasst deshalb Massnahmen, die darauf abzielen, die Dienstleistungen der Stadtverwaltung noch besser auf ein vielfältiges Publikum auszurichten. Er umfasst aber auch Massnahmen, welche sich spezifisch an die Migrationsbevölkerung richten, insbesondere im Bereich der Information. Und schliesslich enthält er auch Massnahmen, welche die Information und Sensibilisierung der Gesamtbevölkerung zu den Themen Migration und Integration zum Ziel haben. Viele dieser Massnahmen sind nicht neu, sondern sind laufende Massnahmen, die weitergeführt werden oder Aufgaben, die optimiert werden sollen.

„Integration konkret“ schliesst an einen ersten Massnahmenplan an, der 2011-2012 umgesetzt wurde. Ausserdem integriert er Massnahmen aus dem bisherigen Infokonzept und dem Aktionsplan gegen Rassismus, welche beide 2013 ausgelaufen sind.

Erarbeitung

Der Massnahmenplan wurde unter der Leitung des Kompetenzzentrums Integration in einem breit angelegten Prozess erarbeitet. Beteiligt waren in einem ersten Schritt die Migrationsbevölkerung und Vertreterinnen und Vertreter von Fachinstitutionen. In einem zweiten Schritt formulierten Mitarbeitende aus allen fünf Direktionen und über 30 Abteilungen Massnahmen in ihren Tätigkeitsfeldern. Nach einer internen Vernehmlassung hat der Gemeinderat das Papier Ende 2013 verabschiedet. Die Fachkommission für Integration begleitete den Prozess fachlich.

Massnahmen

Der Massnahmenplan umfasst 72 Massnahmen in acht Handlungsfeldern:

Integration als Querschnitt- und Führungsaufgabe:

Dieses Handlungsfeld enthält Massnahmen zur Verankerung des Integrationsgedankens in der Verwaltung. Dies sind in erster Linie Schulungs- und Sensibilisierungsmassnahmen für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, damit diese die Integrationsrelevanz ihrer Tätigkeiten besser erkennen und an die Bedürfnisse ihrer vielfältigen Kundschaft anpassen können.

Bildung, Sprache und Erziehung:

Die Stadt Bern möchte allen Kindern in der Stadt Bern gute Startchancen ermöglichen – sie treibt deshalb ihre Anstrengungen im Bereich Frühförderung voran. Zudem will sie die Zusammenarbeit zwischen schulischen Institutionen und Eltern optimieren.

Erwerbsarbeit:

Die Massnahmen in diesem Handlungsfeld, das als Integrationsmotor gilt, sind von grosser Vielfalt geprägt. Es handelt sich um Massnahmen zur Rolle der Stadt als Arbeitgeberin, zur Zusammenarbeit mit Unternehmen von Migrantinnen und Migranten sowie Informationen zu Care-Arbeit, Gleichstellung und Anstellungsfragen.

Freizeit, Kultur und Sport:

Die Stadt baut weiter Schwellen ab beim Zugang der Migrationsbevölkerung zu den vielfältigen Freizeit-, Sport- und Kulturangeboten. Dazu soll vor allem die Information gegenüber der Migrationsbevölkerung optimiert werden und nach neuen innovativen Wegen gesucht werden. Auch das Thema Einlassverweigerung in Bars, Clubs und Discos hat Eingang gefunden in den Massnahmenplan: Die Gewerbebehörde wird in den nächsten Jahren ein entsprechendes Massnahmenpaket umsetzen.

Gesundheit:

Da die Zuständigkeiten für den Gesundheitsbereich nur beschränkt bei der Stadt liegen und diverse Aspekte von Gesundheit in anderen Handlungsfeldern behandelt werden, gibt es kaum spezifische Massnahmen in diesem Handlungsfeld. Konkret will die Stadt die Elternarbeit zu den Themen Ernährung und Bewegung weiterentwickeln.

Mitwirkung in Politik und Gesellschaft:

Die Migrationsbevölkerung soll sich unabhängig vom Stimm- und Wahlrecht am gesellschaftlichen und politischen Leben beteiligen. Deshalb sollen einerseits bestehende Strukturen und Gefässe der Mitwirkung (Kinder- und Jugendmitwirkung, Forum der Migrantinnen und Migranten u.a.) erhalten werden. In dieses Handlungsfeld fällt auch die Umsetzung des neuen Partizipationsreglements, welches es Ausländerinnen und Ausländern ermöglicht, eine Motion zuhanden des Stadtrats einzureichen.

Wohn- und Lebensraum:

Die Stadt achtet beim Bau und der Vergabe von Wohnungen auf die besonderen Bedürfnisse der Migrationsbevölkerung. Ein weiterer Fokus liegt auch in diesem Handlungsfeld auf der Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten in Bau- und Planungsvorhaben.

Information und Kommunikation:

Hier legt die Stadt ein besonderes Augenmerk auf die Erstinformation von neu zuziehenden Personen sowie auf die Information der Gesamtbevölkerung zu Fragen rund um Migration, Integration und Rassismus.